

Vor 70 Jahren, als Menschen und Wirtschaft in Europa unter der Zerstörung des Zweiten Weltkrieges litten, haben die Politiker Europas über die täglichen Probleme hinausgeblickt, um auf der Grundlage der europäischen Integration eine hoffnungsvollere Zukunft zu schaffen. Auch heute benötigen wir eine solche Vision und Vorausschau, um regionale Zusammenarbeit und politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu organisieren. Für das Einigungswerk hat die EU 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Dieser Preis ist eine Verpflichtung, Frieden und Einigkeit der Mitgliedstaaten der europäischen Union nicht zu verspielen, sondern im Interesse künftiger Generationen zu bewahren. Vietnam angesichts seiner Geschichte weiß: Mit Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist nichts.

Die Europäische Integration ist eine Erfolgsgeschichte, eine Blaupause für die vielen Regionalgemeinschaften, die veränderbar für kontinentale und regionale Bestimmungparameter ist. Neben der europäischen Friedens-, Werte- und Rechtsgemeinschaft war es vor allem der europäische Binnenmarkt, der Menschen und Wirtschaft begeisterte. Die Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital in den 28 EU- Mitgliedstaaten führten zum Wegfall von Grenzkontrollen und Handelshemmnissen und trug zum Wohlstand aller bei. Die Einführung des Euro vollendete den Binnenmarkt.

Heute ist die Welt aus den Fugen geraten- durch Kriege, Krisen, Flucht und Migration, Interessenkonflikte und schwache internationale Organisationen. Auch das europäische Haus wankt und schwankt. Jahrzehntelanges Engagement der Bevölkerung und der Regierungen scheint verloren, nationaler Egoismus macht sich breit, europäische Identität und Vertrauen gehen verloren. Um die EU ist es schlecht bestellt.

Vielfältige Krisen bedrohen den europäischen Integrationsprozess:

- die Eurokrise mit großen wirtschaftlichen, sozialen und interessenpolitischen Divergenzen in der Eurozone, einer unerträglich hohen Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50% eine junge Generation, für die Europa nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist, die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise, mit der Verschuldung von Euro-Staaten und harten Sparmaßnahmen, die in einigen Staaten zu einer Wirtschaftskrise mit hohen Arbeitslosenzahlen und Rezession und**

zunehmenden Spannungen zwischen EU-Staaten geführt haben, Reformen, die ohne Vertragsänderung nur unzureichend helfen

- der Austritt Großbritanniens-Brexit- Volksabstimmung am 23. Juni 2016**
- die EU–skeptischen Parteien und der zunehmende Populismus haben mit der Vertrauenskrise in die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen an Boden gewonnen.**
- Spaltungstendenz zwischen EU- Mitgliedstaaten, die mehr und schnellere Integration wollen, und anderen, die sich einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration entziehen und die Tragfähigkeit der Europäischen Union infrage stellen.**
- die Flüchtlingskrise mit hohen Flüchtlingszahlen und hochumstrittenen Konzepten zur Sicherung der Außengrenzen, der Zukunft von Asyl und Einwanderung sowie zur fairen Verteilung der Flüchtlinge .**
- Die Krise eines neuen Populismus und Nationalismus. Der Rechtspopulismus ist in europäischen Regierungen angekommen.**

Die europäische Einigung erfährt eine der größten Belastungsproben ihrer Nachkriegsgeschichte. Immer wieder hat Europa Krisen als Chance für weitere Integrationsfortschritte genutzt. Es gilt, die durch die Streitigkeiten der Gegenwart verdeckten Grundlagen freizulegen und das Bewusstsein für die Werte Europas neu zu schärfen. Die Gründungsväter Europas haben als Vertreter der Nationen der Opfer nur wenige Jahre nach dem Morden die Nation der Täter an den gemeinsamen Tisch zivilisierter Völker eingeladen. Die europäische Integration ist bis heute ein Akt der Selbstbehauptung der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte gegen Willkürherrschaft und Unterdrückung. Die EU ist eine Friedensgemeinschaft eine Rechts- und Wertegemeinschaft aber auch ein offene Gesellschaft.

Europa steckt in einer tiefen Krise. Aber die europäische Einigung war bisher immer stark genug, um Krisen zu überstehen. In einer Zeit, in der sich die USA immer mehr mit sich selbst beschäftigen, in der Russland die globale Sicherheitsarchitektur in der Ukraine und in Syrien gefährdet, in einer Zeit des Aufstiegs Chinas in Ostasien und einer gleichzeitig sich verlangsamenden wirtschaftlichen Entwicklung, müssen die Europäer mehr denn je zusammenrücken. Gemeinsam hat die EU mit 508 Millionen Einwohnern, 28 Nationalstaaten und dem reichsten Binnenmarkt der Welt die Chance, die Regeln der internationalen Ordnung und die Globalisierung zu gestalten. Die EU braucht neue Impulse, die mit den Herausforderungen und Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts Schritt halten. Aber sie muss auch die Krisen in den Griff bekommen.

Deshalb ist es so wichtig, dass Europa sein wirtschaftliches Haus in Ordnung bringt. Das beste Beispiel dafür ist die Wirtschafts- und Währungsunion. Diese besteht nun schon seit fast zwei Jahrzehnten. Um zu einem Erfolg zu werden und Ergebnisse zu bringen, muss sie vervollständigt werden. Der Euro darf kein Waisenkind in der europäischen Integrationsgeschichte bleiben. Die Geburtsfehler der Währungsunion mit der Schieflage zwischen Währungsunion und Wirtschaftsunion sowie dem Fehlen einer Wirtschaftsregierung müssen korrigiert werden. Nur mit einem neuen Ansatz und deutlichen Fortschritten kann die Solidarität in Europa wieder hergestellt werden. Entscheidend für Europa wird eine stimmige und überzeugende Vision für den Bedarf an Kooperation und Koordination sein.

Eine starke und stabile Euro-Zone ist nicht nur im Interesse der Länder der Euro-Zone, sondern ebenso im Interesse all derjenigen Länder, die am Binnenmarkt teilnehmen. Niemand ist damit gedient, wenn der Binnenmarkt nicht funktioniert. Die Wirtschaftskrise hat bereits gezeigt, wie hoch der Preis für eine Währungsunion ist, die nicht vollständig integriert ist. Die Euro-Zone ist durch eine effizientere und transparentere Entscheidungsfindung zu stärken, nicht zu lähmen. Mit Vertragsänderungen sollte eine weitere Vertiefung der Währungsunion einhergehen beginnend mit einer Integration des Europäischen Stabilitätsmechanismus und Europäischen Fiskalpaktes in den Rechtsrahmen der Europäischen Union. Selbstverständlich darf es keine Diskriminierung geben. Aber Nichtdiskriminierung gilt in alle Richtungen. „Keine Nachteile für Nicht-Mitglieder der Euro-Zone“ kann nicht in „Vorteile für Nicht-Mitglieder der Euro-Zone“ umgemünzt werden. Die Unternehmen, Bürger und Finanzsektoren der Euro-Länder sind fest im Binnenmarkt verwurzelt. Ein Binnenmarkt braucht einheitliche und nicht eine Vielzahl unterschiedlicher Regelungen.

Die Ziele sind klar: die Währungsunion gegen künftige Krisen sichern, die demokratische Legitimation der europäischen Politik verbreitern und es ihr ermöglichen, ihren Vorrang vor der Macht der Märkte wieder einzunehmen, das Vertrauen der Europäer und der Welt in die Zukunftsfähigkeit der Union zurückzugewinnen.

Auf nahezu allen Feldern von der Sozial- über die Beschäftigungspolitik bis zu Steuern und Finanzmarktregulierung ist „mehr Europa“ auch ohne Vertragsänderung möglich – wenn die politischen Mehrheiten in den Mitgliedstaaten und im Europäischen Parlament es wollen. Wenn es sie nicht gibt, können sie in der politischen Realität Europas durch keinen noch so integrationsfördernden Vertragsartikel ersetzt werden. Im EU-Vertrag ist die

Möglichkeit zur „verstärkten Zusammenarbeit“ längst verankert. Auch sie öffnet eine Tür zu „mehr Europa“. Die Zustimmung aller Mitgliedstaaten ist dafür nicht erforderlich, ein Drittel genügt. Die Finanztransaktionssteuer und die gemeinsame Sicherung der Energieversorgung können Beispiel sein. Ein anderes könnte die gemeinsame Sicherung der Energieversorgung werden. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Rüstungspolitik gibt es viele ungenutzte Möglichkeiten, um mehr Gemeinsamkeit in der Union zu praktizieren.

Die gegenwärtige Krise ist eine Zäsur. Es geht darum, die in allen Mitgliedstaaten begonnene Renationalisierung nicht nur der Europa-Politik zurückzudrängen und der politischen Radikalisierung der Massen gegen das nationale wie gegen das europäische „System“ die Antriebskräfte zu nehmen.

Natürlich braucht die EU neue Impulse, die mit den Herausforderungen und Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts Schritt halten. Die Globalisierung ist unaufhaltsam. Regulierung und Finanzstabilität werden gebraucht. Die Vierte industrielle Revolution wird Volkswirtschaften und Gesellschaften verändern. Weiterhin gibt es viele andere transnationale Herausforderungen – von der Lösung der Flüchtlingskrise bis hin zur Umsetzung des Pariser Abkommens vom Dezember 2015 zur Beschränkung des Klimawandels. Entscheidend für Europa wird sein, eine stimmige und überzeugende Vision zu entwickeln, die den Bedarf an Kooperation in den nächsten Jahrzehnten rechtfertigen wird.

Globale Aufgaben können nicht national gelöst werden. Wir brauchen mehr denn je den Zusammenschluss und den Willen zur europäischen Zusammenarbeit. Flüchtlinge kommen, weil sie wissen, dass Europa der Kontinent ist, der den Menschen Sicherheit garantiert, der ihnen ihre Freiheit garantiert, ihre Selbstbestimmung. Menschen in anderen Teilen dieser Erde, die nach Europa kommen, haben das nicht. Es sind Frieden, Freiheitsversprechen, ein gerechterer Wohlstand und seine Nachhaltigkeit sowie Solidarität und wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, aber auch die sozialen Rechte, die individuellen Grundrechte, der staatliche Schutz dieser Rechte, die Grundlage der europäischen wertegeleiteten Demokratie.

Europa ist klein auf dem Globus, nicht vergleichbar mit den großen Staaten dieser Welt wie den USA oder China. Und dennoch als Union, nicht als Konglomerat einzelner Staaten, vergleichbar mit den USA, China, Japan, Russland. Noch zählt Europa, politisch und ökonomisch. Von daher war die Selbstfindung Europas in der Union, dem freiwilligen Zusammenschluss souveräner Völker, ein Glücksfall für Frieden und Stabilität.

Von daher muss gehofft werden, dass sich die Prophezeiung vom französischen Philosophen Jacques Le Goffes bewahrheitet, dass mit Europa der Atem der Geschichte weht. So kann die europäische Integration zum Zukunftsmodell für Frieden und Stabilität in der Region werden und Vorbildcharakter für andere Weltregionen erhalten, um zu einer multipolaren Weltordnung beizutragen.

Europa hat in vielen Schritten die europäische Ordnung gebaut, die entwicklungsfähig ist. Sie darf dabei nicht nur auf Verstand und Verständnis setzen. Eine europäische Ordnung muss auch begeistern können. Die geistige, moralische und emotionale Dimension der Gemeinschaft gehört zum Traum des ewigen Friedens dazu. Willy Brandt sagte: "(...) Es gehört uns allen, dieses Europa. Es ist uns gemeinsam anvertraut mit seinem christlichen, seinem humanistischen und seinem sozialistischen Erbe. Es stellt uns weiterhin vor gemeinsame Aufgaben. Es gibt uns einen weithin gemeinsamen Auftrag (...)". Gerade der moderne Mensch braucht diese Dimension. Dabei heißt Frieden heute nicht mehr nur Abwesenheit von Krieg, sondern Abschaffung auch struktureller Gewalt wie sie J. Galtung, der schwedische Friedensforscher, definiert. Es geht um die Bekämpfung von Unterdrückung und sozialer Not, von Diskriminierung und Umweltzerstörung, um sozialen Frieden und um den Frieden mit der Natur. Dafür stehen die Europäische Idee, die Europäische Integration, dafür steht Europa.

Europas Weg aus der Krise

Der europäische Traum ist nicht ausgeträumt, dafür ist das europäische Werte- und Sozialmodell zu wichtig, zu notwendig und zu attraktiv. Der amerikanische Philosoph Jeremy Rifkin setzt die EU in Gegensatz zum amerikanischen Gesellschaftsmodell, das dem individuellen Wohlergehen Priorität vor dem Gemeinwohl einräumt. Daran wollen europäische Staaten festhalten. Allerdings machen europäische Staaten unterschiedliche Entwicklungen durch. Deswegen wird es in Zukunft zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen den 28 Staaten kommen. Eine Avantgarde wird sich bilden, die sich von Fall zu Fall für eine vertiefte Zusammenarbeit entscheidet, dabei aber offen für andere bleibt. Unbedingt muss es zu einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion kommen, die für die Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik verbindliche Lösungen schafft. Der Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte ist dabei ein zentrales Thema. Hier muss auch Deutschland mehr Verhandlungsbereitschaft zeigen. Überdies werden wohl auch mehr und

mehr Mindeststandards für Regelungen in der Europäischen Union eingeführt werden müssen um möglichst viele Staaten mitzunehmen.

Deutschland als ökonomischer und politischer Hauptnutznießer der Einigung Europas, wegen seiner geographischen Lage und seiner Geschichte wird den europäischen Weg immer mit vorangehen und die EU zusammenhalten. Die Mitgliedschaft in der EU ist, nach Art. 23 GG, Teil der nationalen Identität Deutschlands.

Darüber hinaus ist das Ziel eines gerechten Wohlstands in der europäischen Union durch die zunehmende Ungleichheit gefährdet. Im internationalen Wettbewerb der Wirtschaft standen sich nie nur Markt und Planwirtschaft gegenüber, die Systemkonkurrenz war immer auch ein Wettbewerb zwischen dem harten Kapitalismus der die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert und einer sozialen Marktwirtschaft, die ökonomisch für möglichst gleiche Rechte, für Sozialpartnerschaft, für qualifizierte Arbeit und faire Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung sorgt. Das europäische Gesellschaft- und Wohlstandsmodell orientiert sich am Leitbild der sozialen Gerechtigkeit, organisiert Chancengleichheit und lässt keinen Menschen zurück. Darüber hinaus zeigt Europa mit seinem nachhaltigen Wohlstandsmodell im Zeichen von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz eine globale Perspektive.

Europa braucht alle europäischen Staaten auf dem Weg in die Zukunft und muss den europäischen Einigungsgedanken erneuern indem zwei Aufgaben mit einander verbunden werden:

Die wirtschaftliche Erholung der Europäischen Union mit der Bereitschaft aller Mitgliedstaaten zu Lastenausgleich und Solidarität. Wir müssen in Europa mehr über das Gelingen sprechen. Europa ist nach wie vor eine faszinierende Idee, vom Zusammenleben der Menschen und der Völker.

Die europäische Idee stellt das Gemeinwohl über das Einzelinteresse. Das europäische Interesse stellt die kulturelle Vielfalt über den Zwang zur Anpassung, die Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, die nachhaltige Entwicklung vor die Rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur. Die europäische Idee stellt die Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung.